

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Arbeitslos wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Gehalt. Einzelhefte für Arbeiter. Preis 75 Pf. Geschäfts- und Privatadressen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Severinstraße 17. Fernruf 336. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Aktuelle Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 7.

Duisburg, den 15. Februar 1919.

20. Jahrgang

## So geht es nicht mehr weiter

sagte kürzlich der Staatssekretär Rößig zu Vertretern der Presse. Und in der Tat — unsere Wirtschaft hält die Belastung bald nicht mehr aus, die ihr zugemutet wird.

So geht es nicht mehr weiter, daß immer weniger gearbeitet wird, während es uns überall an dem fehlt, was wir notwendig brauchen, um leben zu können. So geht es nicht weiter, daß in den Großstädten Hunderttausende müßig gehen und sich vom Reich bezahlen lassen, während draußen die dringlichste Arbeit ungetan bleibt. Wir fördern so wenig Kohle, daß unsere Industrie sehr bald stillstehen muß, daß auf der Eisenbahn Menschen und Güter nicht mehr ausreichend besördert werden können, daß uns in den Städten die Gefahr droht, schließlich zu verhungern und zu erfrieren! Und in denselben Städten sitzen die Arbeiter dichtgedrängt beisammen, wollen nicht hinaus auf die Gruben und helfen so zu ihrem eigenen Verderben. In der Landwirtschaft werden tausende von Arbeitskräften gebraucht; das Getreide kann nicht schnell genug geerntet werden, Kartoffeln und andere Lebensmittel gehen zugrunde, die Hungergefahr wächst. Und in den Städten haben die Arbeiter und Arbeiterinnen, tun nichts, und wollen nicht hinaus aufs Land, wo sie vor Hunger geküßt sind! Wir brauchen dringend Holz: Tausende könnten es draußen in den Wäldern, in frischer Luft und bei gutem Lohn einsammeln, — aber man belibt in der Stadt, streicht die Erwerbslosenunterstützung ein, und läßt das Unglück herankommen. Mein — so kann es nicht mehr weitergehen! Kommen wir nicht selbst zur Vernunft, dann wird uns die Entente zu ihr zwingen; denn unsere Wirtschaft ist das Wesen für die Forderungen, die die Entente an uns stellen. Dann aber ade Erbsünde der Revolution, ade Unwissenheit, ade Apathie — dann gibt es kein und mehr Stunden Arbeit, zwanzig weiße herabgesetzte Löhne, Frondienst unter fremdem Kommando!

Auch das kann nicht mehr so weiter gehen, daß Lohnforderungen gestellt und erzwungen werden ohne Maß und Vernunft, ohne Rücksicht darauf, ob sie wirtschaftlich überhaupt möglich sind oder nicht. Der Arbeiter soll so hoch bezahlt werden, wie es wirtschaftlich irgend geht; aber der Betrieb muß dabei leben können. Wenn die Löhne in manchen Wochen oder Monaten das Betriebskapital aufzehrt haben, — was dann? Die Hebernahme durch den Staat hilft nichts; denn der hat auch kein Betriebskapital, ist vielmehr ärmer, als er je war. Also, entweder geht der Betrieb zugrunde und die Arbeiter sitzen auf der Straße, oder aber ausländische Kapitalisten kaufen die ausgebotenen, ruinierten Betriebe aus dem Ramsch auf. Und die ausländischen Kapitalisten werden dem deutschen Arbeiter ihre Macht fühlen lassen, wie er es sich heute noch gar nicht vorzustellen vermag.

Wenn wir nicht ganz zugrunde gehen wollen, darf es nicht mehr so weitergehen. Wir müssen wieder arbeiten, müssen vor allem viel mehr Kohle fördern, müssen heraus aus den Großstädten, wo die Arbeitslosigkeit immer größer wird, aufs Land und in die Provinz, wo es massenhaft Arbeit gibt, müssen auch bei der Bemessung der Lohnforderungen wieder Vernunft und wirtschaftliche Selbsterhaltung walten lassen. Alles hängt von den Arbeitern ab, von denen ein Teil, statt zu arbeiten, sich durch allerhand erbärmliche Machinationen „freie“ Tage macht. Die Arbeiterschaft wird noch einmal schwere Redenshaft von diesen Leuten fordern, die in der schwersten Not stellen statt zu arbeiten.

## Vor der drohenden Katastrophe

Es ist charakteristisch, daß die Sozialisierungs-Kommission an die Spitze ihres Arbeitsprogramms gestellt hat: die Wiederbelebung der Produktion. Die Erreichung dieses Zieles ist aber unbedingt abhängig von der Produktion des eigentlichen Grundrohstoffes: der Kohle.

### 1. Die Kohlenförderung.

Auf ihr baut sich die Existenz aller anderen Wirtschaftszweige auf. Die Saarkohle ist uns entzogen. Wir sind auf das Ruhrrevier und Oberschlesien angewiesen. Nun ist aber im Ruhrrevier die Kohlenförderung von 307 000 Tonnen jetzt auf 230 000 Tonnen täglich zurückgegangen. In Oberschlesien hat sie an manchen Tagen der vergangenen Woche nur die Hälfte der normalen Förderung erreicht. Das muß auf die Dauer katastrophal wirken!

An der Kohle hängt aber alles! Eine Reihe von Kalkgruben hat im Laufe der vergangenen Woche infolge Kohlenmangels stillgelegt werden müssen. Das bedeutet für die Landwirtschaft Mangel an Düngemittel.

Ohne Kali kein Dünger — ohne Dünger kein Brot! Alle Ackerseiden liegen infolge Kohlenmangels brach. Das hindert den Wohnungsbau. Eine Reihe von Elektrizitätswerken hat, wieder infolge Kohlenmangels, den Betrieb einstellen müssen, darunter zahlreiche Heberlandzentralen zur Versorgung der Landwirtschaft. So greift ein ins andere. Die Kohle ist das Blut der gesamten Volkswirtschaftlichen Lebensprozesse. Ist sie verschafft zugleich auch die dringend notwendige Arbeitsgelegenheit.

So liegt heute tatsächlich die Entscheidung über Rettung oder Untergang in erster Linie in der Hand der Metallarbeiter. Ohne ihre Arbeit ist die drohende Katastrophe nicht aufzuhalten!

Weshalb notwendig ist Eisen. Mit Roheisen sind wir für die nächste Zukunft noch einigermaßen versorgt. Um so dringender ist die Weiterverarbeitung des Eisens in der Transportindustrie.

### 2. Die Transportnot.

Nur bei Höchstbetrieb bei der Herstellung von Verkehrsmitteln, vor allen Dingen aber in der Eisenbahnwerkstätten, ist ein allmählicher Ausgleich des an die Entente abgehenden Eisenbahnmateriale, nur bei angespanntester Tätigkeit auch der Streckenarbeiter die Aufrechterhaltung des Verkehrs einermöglichen möglich. Der preussische Staat hat Milliarden-Aufträge für Lokomotiven und Bahnmateriale erteilt, denn von der ausreichenden Transportmöglichkeit hängt das Dasein der Städte ab. Der gesamte Transportbetrieb steht und fällt also mit dem Leistungswillen der Arbeiter in Fabriken und Werkstätten.

Auf diesen beiden Industrien, dem Kohlenbergbau und der Verkehrsindustrie, beruht zunächst die Möglichkeit zur Weiterentwicklung und Steigerung der Produktion. Verfehrt der Wille der Arbeiter, dann führt der Weg rettungslos zur Katastrophe!

Gelingt es hingegen, diesen Willen zu wecken, dann schaffen wir zugleich neue Felder für neue Arbeitsgelegenheit. Diese wird gegenwärtig am stärksten bedroht durch die Heberfüllung der Großstädte und die Verödung des flachen Landes und der Provinz.

So kommt es zu der widernatürlichen Erscheinung, daß trotz ständiger Verkürzung der Arbeitsstunden in den Großstädten sich die Zahl der Arbeitslosen ständig vermehrt, während auf dem Lande die Gelegenheit zur Arbeit sich von Tag zu Tag häuft, ohne daß nennenswerte Kräfte sich melden. Auch das kann auf die Dauer nicht so weiter gehen. Darum:

Heraus aus dem „Massengrab“ der Großstadt! Hinaus aufs Land und in die kleinen Städte!

Die Zahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin zählt nach vielen Zehntausenden und wächst täglich um neue Tausende, während z. B. draußen im Kohlenrevier Halle Tausende von Leuten für Abraumarbeiten gesucht werden und in der Tiefbauindustrie zirka 670 000 Mann eingestellt werden können! Die Landwirtschaft vermag trotz der Jahreszeit viele Tausende als Ersatz für die entlassenen Kriegesgefangenen aufzunehmen. In der Forstwirtschaft ist erhöhter Holzschlag vorgesehen und dringend notwendig. Tausende von Morgen Moor- und Debländereien harren der Umpflanzung und Umpflanzung. Hunderte von Hektaren warten auf schaffende Hände. Und in der Großstadt häuft sich das Elend der Arbeitslosigkeit!

Die Wohnungsnot in den großen und mittleren Städten wird immer drückender. Auf dem Land und in der Kleinstadt findet sich immer noch Unterkunft. Kleinbauernsiedlungen sind geplant. Die Versorgung mit Lebensmitteln in größeren Städten wird täglich kritischer und kostspieliger — der Bauer hat immer noch Brot! Und auch in den Landstädten ist die Versorgung immer noch leichter und reichlicher. Holzmaterial wird immer spärlicher in der Großstadt — auf dem Lande bleibt immer noch das Holz! Die Gefahr bedenklicher Krankheitsverbreitung rückt infolge des Zusammenströmens der Massen zurückgehender Krüger und bei dem Mangel an kräftiger Nahrung und heller Wohnung in der Großstadt immer näher — auf dem Lande ist Licht und Luft!

Trotzdem sehen wir in der Großstadt immer bedrohlicher zunehmenden Ueberfluß an Arbeitskräften bei abnehmender Arbeitsgelegenheit, und auf dem Lande Mangel an Arbeitskräften bei wachsender Arbeitsgelegenheit. Darum kennt die Demobilisierung im Augenblick keine dringenderen Aufgaben als die Erhaltung und Steigerung der Produktion und Abwanderung aus der Großstadt — zwei fast übermenschliche Aufgaben! Gelingt es der unablässigen Erklärung und der praktischen Organisation nicht, dieser beiden Schwerkriegel der Stunde Herr zu werden, dann kommt es nicht nur nicht zur Ordnung, dann kommt es zum Zusammenbruch!

Darum: An die Arbeit und heraus aus dem „Massengrab“ der Großstadt! Nur das ist unsere Rettung!

## Sozialdemokratie und Völkerglück

Seit rund 70 Jahren stellt die Sozialdemokratie in Deutschland den Kommunismus und Sozialismus als ein System in Aussicht, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung ersetzen und den Völkern das allgemeine Glück bringen könnte. Diese Lehre fand allmählich eine immer größer werdende Zahl von Anhängern, nicht so sehr ihrer Nichtigkeit und Ueberzeugungskraft wegen, sondern auch deshalb, weil die bürgerliche Gesellschaft es veräuerte, den Auswüchsen des Kapitalismus energisch entgegenzutreten, wie auch der großen Masse des arbeitenden Volkes eine entsprechende Stellung im Staats- und Wirtschaftsleben einzuräumen. In ohnmächtigem Zorn darüber wandten sich immer größere Massen der Sozialdemokratie zu, die im Hinblick auf so viele Mißstände und Unvollkommenheiten im öffentlichen und privaten Leben ihren Hohn ausschüttete über „göttliche Weltordnung“, die Regenten von Gottes Gnaden, an deren Stelle sie die demokratische Republik, die internationale Verbrüderung und den Sozialismus setzen wollten.

Eines ihrer Ziele hat die Sozialdemokratie erreicht: Durch die Novemberrevolution sind die deutschen Monarchen beseitigt, an deren Stelle ist die republikanische Staatsform gesetzt worden, die allgemeine Gleichheit ist damit keineswegs eingetretten. Der wirtschaftliche Sozialismus, die Ueberführung aller Produktionsmittel in die öffentliche Hand, der gleiche Anteil aller am Produkt unserer Arbeit, so dem arbeitenden Volke das Glück, die Beseitigung aller Uebelstände und die so oft in Aussicht gestellte Gleichheit im Staats- und Wirtschaftsleben bringen.

Die breiten Massen werden noch länger auf die völlige Erfüllung der programmatischen Versprechungen warten müssen. Führende und tatkräftige Männer, auch Anhänger der Sozialdemokratie, haben längst erkannt, daß die Durchführung des Sozialismus in Deutschland allein unmöglich ist. Die sozialdemokratischen Gewalttäter sind gezwungen, das zuzugeben, in dem Augenblick, in dem sie die Stelle der Regenten in den neugebildeten Republiken einnahmen. Das Erfurter Programm, mit dem man die Massen geködert hat, verlangt die Ueberführung der Produktionsmittel, von Grund und Boden, von Gruben und Bergwerken, Rohstoffen und Werkzeugen in das gesellschaftliche Eigentum, die Umwandlung der Warenproduktion in die sozialistische. Dieses Programm ist nun fallen gelassen, oder doch auf die Seite geschoben worden. In seiner Rede vom 1. Dezember 1918 hat er an die Stelle des Reichsanstalts getretene „Volksbeauftragte“ Ebert ausgesprochen: Der Sozialismus ist nicht Selbstzweck. Nur dort, wo die sozialistische Wirtschaftsweise höhere Erträge bringt, dem Volke weniger Arbeitslast auferlegt und mehr Möglichkeit des Verbrauchs und der Freude eröffnet, ist der Sozialismus am Platze... Sozialistische Experimente in einzelnen Betrieben können nur zur Seelen der Arbeiter ausschlagen. Das Mitglied des Reichsrates, Herausgeber der Sozialistischen Monatshefte, Cohen (Reich), hat am 19. Dezember 1918 ausgesprochen: Die Sozialisierung ist kein Akt der Gewalt, sondern das Ergebnis einer organischen Entwicklung. Man kann die neue Ordnung nicht im Handumdrehen an die Stelle der alten setzen. Wir in Deutschland müssen außerdem bedenken, daß wir Mangel an Rohstoffen haben und wenn nichts zum Sozialisieren da ist, kann eben der Sozialismus nicht eingeführt werden. Und im sozialistischen Reichsanstalts Nr. 6, vom Januar 1919, wird geäuert: Schon im Hinblick auf die internationale Konkurrenz kann Deutschland nicht mit einem Schläge die Vergeistlichung vornehmen, sondern muß sich den Wirtschaftsverhältnissen anpassen. In der Regierung denkt kein Mensch daran, Experimente zu machen: es sollen nur solche Betriebe bergesellschaftlicht werden, die für die Sozialisierung reif sind.

Die maßgebenden Sozialdemokraten betonen sich damit zu dem Standpunkt der von den bürgerlichen Sozialpolitikern, den Gründern und Führern der christlichen Arbeiterbewegung von Anfang an eingenommen wurde. Sie sind aufgetreten gegen die sozialdemokratische Forderung, auf Beseitigung des Privateigentums, weil dadurch die persönliche Initiative, das Verantwortlichkeitsgefühl, Arbeitsamkeit und persönliche Arbeitsleistung zum Schaden des Einzelnen und der Allgemeinheit beeinträchtigt werden würde. Die Führer der christlichen Arbeiterbewegung und die christliche Demokratie haben dabei die Erhaltung und Schaffung von Kollektiveigentum und Staatsmonopolen nicht abgelehnt.

In Deutschland beruht die Existenz von Millionen von Arbeiterfamilien auf einer blühenden Exportindustrie. Durch die Sozialisierung der Produktion und des Handels wird diese Konkurrenzunfähig und zugrunde gerichtet. Allein die Aufgabe der Revolution und die Annahme, daß die revolutionäre Sozialdemokratie nun ihr diesbezügliches Programm der wirklichen werde, hat bei unseren Konkurrenten Freude und Hoffnungen ausgelöst. Ein holländisches Blatt, der „Maatschappij“, schrieb im Januar 1919: Die gegenwärtige Reichsregierung hat die Kraft der deutschen Industrie und des deutschen Exporthandels auf Jahre hinaus lahm gelegt. Die fortgesetzten Eingriffe in die Arbeitsverhältnisse, kurze Arbeits-

Zeit, hohe Löhne, Abschaffung der Unternehmergewinne, Eröffnung für die Niederlande große wirtschaftliche Ausblicke.

Das ist zweifellos. Holland und die anderen Staaten werden nicht daran, die Sozialisierung ihrer Betriebe und Wirtschaft durchzuführen, werden den Nutzen haben von unerer Konkurrenzunfähigkeit. Die deutsche Eisen- und Montanindustrie ist infolge der Unklarheit und der erhöhten Produktionskosten jetzt außerstande, Waren in das Ausland abzugeben. Die englische und amerikanische Industrie hat ihre gewinnbringenden Lieferungen übernommen. Eine Reihe von Arbeitgebern ist heute bei der Ausbeutung der Arbeiter eine weitere ersprießliche Geschäftstätigkeit ohne weiteres bereit, ihre Betriebe an die Arbeiter abzugeben. Was nützt aber das Innere haben eines Betriebes, der keine Aufträge hat. Es zeigt sich nun in vollster Klarheit der Unsinn des wirtschaftlichen Sozialismus.

Woll nun die zur Macht gelangte Sozialdemokratie ihre langjährigen Versprechungen nicht erfüllen kann, die republikanische Verfassung und sozialistische Regierungskunst die Massen bereits schwer enttäuscht hat, so suchen die sozialdemokratischen Gewalthaber jetzt nach anderen Mitteln ihre bisherigen Anhänger und Mitläufer bei der Stange zu halten. Zu ihrer Ablenkung soll nun ein neuer Kulturkampf, der Kampf gegen das Christentum und die Kirche dienen. In Preußen und Bayern sind von den Revolutionsregierungen ohne Befragen irgend einer Volksvertretung diese bezügliche Maßnahmen selbstherrlich angeordnet worden. Durch fortwährende Predigten des Hasses gegen die Kirche und ihre Diener ist in der sozialdemokratischen Massen eine günstige Aufnahme dafür, als Ausweg aus der eigenen Unfähigkeit vorgebereitet worden.

Der Kampf gegen die für die Volksgemeinschaft und das Wirtschaftsleben so bedeutungsvolle, den Mammonismus hemmende Religion hat seinerzeit zur Gründung und zum Ausbau der christlichen Arbeiterbewegung, der konfessionellen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften geführt. Durch die Maßnahmen der sozialdemokratischen Gewalthaber gegen die Religion und deren Diener wird die christliche Arbeiterbewegung zweifellos einen weiteren Zulauf und eine weitere Stärkung erfahren. Hat doch in den letzten Wochen bereits die christliche Gewerkschaftsbewegung einen mächtigen Aufschwung genommen.

Durch das Ueberhandnehmen des von der Sozialdemokratie geförderten religionslosen und materialistischen Geistes ist das Verlangen nach Reichtum und Macht, nach Wohlleben und Genuß in fast alle Volksschichten getragen worden. Der im Krieg zutage getretene Egoismus, der Schächer und Wucher, die schändliche Ausbeutung selbst der Kriegerfamilien, deren Häupter den schweren Verteidigungskampf an der Front führten, ist überall eingedrungen. Dieser elende Geist, das Fehlen der Nächstenliebe und einer wahren Volkssolidarität, der Hochmut und der Unverständnis vieler Reichen ist mit Schuld am Elend unserer Tage.

Wie die Reichsstatistik über Beruf und Konfession des deutschen Volkes zeigt, sind die gläubigen Christen in den weniger gewinnbringenden Berufen tätig. Ihre religiöse Ueberzeugung, die christliche Lehre hat in ihnen den Geist des Mammonismus, das Verlangen nach Gewinn und Reichtum nicht in der Weise hochkommen lassen, wie bei den ungläubigen Materialisten. Die größte Genügsamkeit der Christengläubigen, ihre Treue gegenüber der Volksgemeinschaft, wirkt auch in der heutigen aufgeregten Zeit ausgleichend und versöhnend. Geht die Sozialdemokratie darauf aus, die Rechte des Christentums zu entreißen, so verurteilt sie Millionen von Volksgenossen des Trostes und macht sie unglücklich. Der versöhnende Geist des Christentums allein ist imstande, die schweren Wunden am Volkskörper wieder zu heilen und die Menschheit glücklich zu machen.

Ein lange Jahre in der englischen Arbeiterbewegung tätiger Führer und Arbeitersekretär, William Sanders, ist seinerzeit aus der Gewerkschaftsbewegung in die christlich-sittliche Bewegung übergetreten. Er erklärte, daß der bloße Appell an das Klassenbewußtsein oder an den materiellen Nutzen in der Organisation eine unzureichende Basis sei für eine glücklichen heilende Tätigkeit. Die organisierte Arbeiterkraft sei bei steigender Macht schweren sittlichen Versuchungen ausgesetzt, so daß es einer geistigen Macht bedürfe, um diese Versuchungen zu überwinden. Er sagt: Ein ganz neues Problem sehen wir aus der neuesten ökonomischen Entwicklung aufkommen: Die können wir den gebildeten, hochgelerten Arbeiterstand selbst vor dem Verfall in Schwärmerei und jätliche Wirkungslosigkeit bewahren und als seine moralischen und ökonomischen Stütze für das Werk der Organisation gewinnen. Der bloße Appell an das Klasseninteresse hat sich nur dort wirksam erwiesen, wo rein selbstige und individuelle Interessen in Frage kommen. Wenn aber das höchste Ideal Einzelnen fehlen soll, dann brauchen wir eine Propaganda, die nicht bloß von Rechten, sondern auch von Pflichten spricht.

Der durch seine Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete in Deutschland bekannt gewordene Professor Dr. Jahnke, schrieb vor Beginn unseres Jahrhunderts: Die religiöse Einheit ist das unabweisbare Moment der abendlichen Kulturereignisse. Es hat manche Zeiträume gegeben, da die niederen Schichten in die Höhe arbeiteten. Kein Zeitalter aber war so gerühmtes und frei von Dumm, wie die mittelalterliche, die die große Reformbewegung brachte, vollzieht die schwerste aller. Durch sie wurde das Kaiserreich gegründet und an Stelle der Sklaverei ein Zustand der Gleichberechtigung gesetzt. Es war das Christentum, der Sozialismus, der diese Reform in aller Ruhe vollbrachte.

Diese Anerkennung und Wertschätzung des Christentums und seiner Wirkungen auf die Menschheit, auf Kultur und Wirtschaft, beruht auf Erfahrungstatsachen. Der durch die Sozialdemokratie angegriffene politische und wirtschaftliche Wirken zeigt allen mit großer Deutlichkeit, daß die Menschheit nicht am materialistischen Sozialismus genesen kann. Aus dem verzerrten Christentum allein, aus der Gottes- und Nächstenliebe wird wieder entstehen das soziale Heil und das allgemeine Wohlergehen. Der dem Christentum dienende Sozialismus, der dient am besten dem Ideal der Brüderlichkeit und der Menschheit.

### Streiflichter

#### Scheidemann gegen die U.-S.-Räte

Der Volksbeauftragte Philipp Scheidemann hat sich gegenüber dem Vertreter eines der größten amerikanischen Blätter u. a. wie folgt geäußert:

Wenn die Nationalversammlung sich über den Charakter des neuerschaffenden Volkshauses schlüssig gemacht hat, werden in diesem Volkshauses einige Richtungen vorzuziehen sein, die den Soldaten alle Rechte und Bürgerpflichten geben, auf die sie als Bürger des deutschen Reiches Anspruch erheben können. Die alten Soldatenräte, ein Ueberbleibsel des geschwundenen Heeres, sind dann vollkommen überflüssig geworden. Ihre Befestigung wird auch schon aus wirtschaftlichen Gründen zur dringenden Notwendigkeit, denn diese angebliche „Errungenschaft der Revolution“, das Rätesystem, kostet jeden Tag viele Hunderttausende. (1) Jeder der zahllosen Räte, gleichviel, ob es sich um einen U- oder einen S-Rat handelt, bezahlt reichlich Tageslohn. Allein der Rätekongress im Dezember hat über eine Viertelmillion Mark gekostet, und das in einer Zeit, wo Deutschland auf jeden Pfennig achten muß, den es ausgiebt.

Wir wollen den Mitgliedern der U- und S-Räte, die aus echter Ueberzeugung und nach besten Kräften bemüht gewesen sind, den Interessen der revolutionären Arbeiterkraft zu dienen, nicht zu nahe treten; aber gerade sie werden zugehen müssen, daß doch sehr viele fragwürdige Gestalten in den U- und S-Räten aufgetaucht sind, von denen kein Mensch gewußt hat, von wannen sie gekommen sind, und wo sie ihre Talente, großen Anflug zu verlieren, erworben haben. Es muß offen ausgesprochen werden, daß vielerorts die U- und S-Räte eine geradezu gemeingefährliche Wirkamkeit entfaltet haben. Darüber können alle Reichsämter, nicht zuletzt das Reichs Ernährungsamt, mit Beispielen aufwarten. In einer Uebergangszeit können die U- und S-Räte manderlistigst wirksam wirken. Nach dieser Uebergangszeit, die für uns mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung als beendet angesehen werden kann, werden die U-S-Räte zu Bremsvorrichtungen und beispieligen Hindernissen jeder ordentlichen Verwaltung.

Gerat dem sozialdemokratischen Führer Scheidemann ist die berühmte Äußerung der U-S-Räte stark in die Räte gedrungen und er plädiert für Abhaltung. Wenn man das mit den eigenen Kindern macht, muß es doch schon sehr weit gekommen sein.

### Unsere Kollenen aus dem Felde sind heimgekehrt!

Sie müssen alle wieder den Weg zum christlichen Metallarbeiterverband finden. Tausende haben sich wieder gemeldet. Viele sehen noch abwärts.

#### Diese wiedergewonnenen ist Pflicht eines jeden Kollegen.

Zeigen wir ihnen, was der Verband alles für sie getan hat während des Krieges an Unterstützung, Rechtshilfe usw. und wie notwendig er gerade in der Jetztzeit ist.

### Alle heimgekehrten Kollegen müssen wiedergewonnen werden!

#### Für das Volk knurren Ratten — für die U.-S.-Räte gute Torten

Die Arbeiter- und Soldatenräte leben, geht aus einem Briefwechsel des Deutschen Gewerkschaftsverbandes mit dem Reichs Ernährungsamt bzw. dem Magistrat Berlin hervor. Der Gewerkschaftsverband fragte an, ob es wahr sei, daß von dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat in einer Kundgebung über 400 Torten bestellt worden seien mit der ausdrücklichen Bedingung, daß dafür keines weises Wehl, Zucker und als Beleg Früchte verwendet werden müssen. Die Torten seien auch geliefert worden. Das Kriegs Ernährungsamt teilte mit, das Amt habe die Befehlsausfertigung nicht bewirkt und hat die Angelegenheit dem Magistrat zur Beantwortung weitergeleitet. Der Magistrat gibt an, daß der betreffende Kandidat 60 Pfund Wehl zur Befreiung von Steuern für die Mitglieder des Sicherheitsrates bestellt habe (republikanische Soldatenwehr) bestellt wurden. Die Bewilligung sei erfolgt, nachdem zwei Mitglieder des sogenannten Sicherheitsrates darauf hingewiesen hätten, daß die Bewilligung für die Mitglieder der Soldatenwehr aus politischen Gründen dringend notwendig sei. Der Deputierte hat sich mit Rücksicht hierauf, im Interesse der öffentlichen Ruhe für verpflichtet gehalten, die Genehmigung der Menge anzuprehen. Als aus politischen Gründen erhalten die Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr nicht nur recht angemessene Gehälter, sondern sie werden auch noch mit Torten aus feinem Wehl bei guter Stunde erhalten. Und das alles geschieht im Interesse der öffentlichen Ruhe. Das will doch bezeugen, wenn man die „Sicherheits-soldaten“ nicht bei guter Stunde hat, dann werden sie, die zur Sicherung der Wobstlerung angeheißt sind, revolutionieren und selbst die öffentlichen Ruhe stören. Da haben doch unsere Sicherheitsbeamten im früheren Vorkriegszeit sehr vernünftige Vorgehensweise, als die jetzigen Sicherheitsbeamten im sozialistischen Vorkriegszeit. Die Ersteren haben nämlich zum überwiegenen Teil überaus treue Verantwortliche bestellt, sondern eben und trafen gut, lassen sich gut bezahlen. Das Volk kann's ja bezahlen!

#### Warum bekommen wir keine Gefährliche?

Der Reichs Ernährungsamt für die Befreiung hat aus dem Grunde, weshalb unsere Befreiung mit Gefährlichen trotz reichlicher Bestände so jämmerlich steht. Die Gründe sind folgende: Man hat eine Reihe von Gefährlichen, die früher

im Dienst der Marine standen, für die Hochseefischerei freigestellt gemacht. Aber anstatt mit den Dampfern zu fischen, ist ein Teil der Matrosen auf den Fahrzeugen und macht Sozialisierungsversuche. Die Fortschaffung der Minen, die eine Vorbereitung der Hochseefischerei ist, ist deshalb unmöglich, weil die Lohnforderungen der Besatzung der Minenfahrzeuge bis zu 100 Mark für Mann und Tag gestiegen sind, abgesehen von der Lebensversicherung. Wenn sich nun auch an der Rüste die Besatzung etwas gehoben hat, so setzt man sich über die Ablieferungspflicht kaltblütig hinweg. Die U.-S.-R. machen mit den Fischen, was ihnen beliebt. Auch ein Teil der Besatzung unerer Fischdampfer stellt unannehmliche Lohnforderungen. Das Durchschnittsgehalt eines Mannes der Besatzung, die am Bruttogewinn beteiligt ist, berechnet sich nach diesen Forderungen im Monat auf 1200 Mark, wozu noch freie Befestigung und Wohnung kommt. Eine Sozialisierung der Hochseefischerei wäre nicht durchführbar. Einmal kommt alles auf die individuelle Tätigkeit an, zum anderen fehlen in der Hochseefischerei die großen Unternehmungen.

Überall die sozialdemokratischen U.-S.-Räte. Da zeigt sich der geprübelte „Gemeinschaftsgeist“, mit dem die Sozialdemokratische Bewegung verfahren wollte, im besten Falle. Die Herren sorgen genau so gut zuerst für sich, und dann noch mal für sich, wie es jeder Kapitalist auch tut. Von Gemeinschaftsgeist keine Spur. Diese Frucht der Revolution ist schon mehr Pestbeule geworden, die deshalb, wie Scheidemann sagt, verschwinden muß.

#### Die guten „Beziehungen“

Der sozialdemokratische „Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegerkollenen“ rühmt sich kürzlich auf einem in Hunderten von Exemplaren angefertigten Briefbogen in Berlin, er habe die besten Beziehungen zur gegenwärtigen Regierung. Daß er diese Beziehungen hat, unterliegt keinem Zweifel. Es muß aber lächerlich wirken, daß er sich dieser Freundschaft brüsst, während er es z. B. den alten Kriegervereinen zur Schande anrechnet, daß sie mit der früheren Regierung ein gutem Freundschaften haben. Wie aber nutzt der Reichsbund diese innige Verbindung mit der sozialistischen Regierung aus? Während er gegen das frühere Regime faßte, verhält er neuerdings auf die Zart, jede Maßnahme die als selbstverständliche und unabwendbare Pflicht einer Regierung zugunsten der Kriegsbeschädigten getroffen wird, zu seinen Gunsten zu buchen. Warum aber schafft man nicht endlich eine gründliche, gesetzliche Versorgung für die Kriegsbeschädigten? Der Geheulwurf dafür ist doch längst im preussischen Kriegsministerium fertiggestellt! Wo bleibt die gesetzliche Regelung der Beschäftigung Schwerbeschädigter? Wann endlich wird man das vorläufige Rentenverfahren abstellen? Warum dehnt man die Zahlung der Bestimmungszulage nicht auf die innerlich Schwerkranken aus? Warum unterscheidet man immer noch zwischen „Friedens-“ und „Kriegsbeschädigung“? Die neue Regierung besteht fast ein Vierteljahr, aber immer hat auch sie für die Kriegsbeschädigten noch nichts Durchgreifendes getan. Und der Reichsbund muß mit ihr durch die und dünn gehen. Es ist wohl zu verstehen, daß der Reichsbund seinen Freunden in der Regierung nicht allzu sehr in die Quere kommen darf, ob ihrer Saumlosigkeit. Alle Kriegsbeschädigten, die von dieser nachteiligen Verquickung einer Kriegsbeschädigtenorganisation mit der sozialistischen Regierung nichts wissen wollen, mögen sich dem parteipolitisch neutralen „Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerkollenen“, Reichsgeschäftsstelle Berlin, S.W. 68, Kochstraße 9, anschließen.

#### Kriegsversicherung

Ein großer Teil der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind bekanntlich in der eigens dafür eingerichteten Kriegsversicherung der deutschen Volksversicherung, Allgemeine, eingetragene, eingekauft. Die Sterbegelder für die auf dem Felde der Ehre Gefallenen sollen vier Monate nach Beendigung des Krieges an die Hinterbliebenen auszahlt werden. Die Höhe des Betrages, der auf den Einzelfall entfällt, wird nach der Gesamtzahl der Sterbefälle berechnet. Mithin kann das erst geschehen, wenn alle Sterbefälle bei der Kriegsversicherung gemeldet sind. Die Mitglieder der Kriegsversicherung sollen gebeten werden, die Anmeldung sofort zu erstaten, damit die Vorbereitungen für die Auszahlung der Sterbegelder von der Volksversicherung getroffen werden können. Die Volksversicherung hat bereits in entgegenkommender Weise auf Antrag den Angehörigen gesonderter Kriegsteilnehmer eine Abschlagssumme in Höhe des fünfzigsten Betrages der Einzahlung geleistet. Eine endgültige Regelung des Versicherungsfalles ist jedoch beiden Teilen sehr erwünscht. Die Volksversicherung möchte auch nach ihren anerkannten Grundsätzen die volle Auszahlung der Sterbegelder so schnell wie irgend möglich erledigen. Da etwa 80000 Mitglieder in der Kriegsversicherung eingekauft sind und mehrere tausend Auszahlungen in kurzer Frist erfolgen sollen, ist eine schnelle Vorarbeit noch zu erledigen. Die Hinterbliebenen sowie die Verbände oder Vereine, die ihre kriegsbetrigten Mitglieder korporativ versichert haben, mögen sofort die Adressen bei der deutschen Volksversicherung, Berlin-Friedenau, Schmelstraße 15, einreichen, damit sich die Auszahlung der Sterbegelder in der vorgesehenen Frist ermöglichen läßt.

#### Die neue Landarbeitsordnung

Die Landarbeitsordnung verdankt ihre Entstehung dem Reichsbauern- und Landarbeiterrat in Berlin, welcher sich bekanntlich aus den Verbänden der ländlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet hat. Sie ist aus den zwingenden Forderungen der Zeit heraus geboren und wird in Nr. 25 des „Deutschen Reichsanzeigers“ vom 30. Januar 1919 ausdrücklich als vorläufige Landarbeitsordnung bezeichnet. Sie bezieht sich in ihren Hauptpunkten mit der Abschließung von Dienstverträgen, der Festlegung einer täglichen Höchstarbeitszeit, der Regelung der Ueberstundenfrage und Einführung einer zweifünftägigen Ruheperiode während der Hauptarbeitsperiode. Ferner wird die Bar- und Naturallohnfrage betreffs ihrer Einzahlung und Bewertung geregelt. Für Einzahlung

einer Arbeitsordnung zum Schutze von Arbeitnehmern und Arbeiter werden Schutzziele nicht festlegen, sondern, und die Wohnungsfrage findet eine eingehende Würdigung. Die letzten Paragraphen betreffen sich mit der Abigung des Arbeitsvertrages, und man muß sagen, daß die Verhandlung auch in dieser schwierigen Frage beiden Seiten gerecht wird. Man wird zugeben müssen, daß die Verhandlung, welche in denkbar kurzer Zeit herausgebracht ist, im richtigen Augenblicke durchgeführt wurde. Größtes ist unsere Ernährung durch den Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft auf das Schwerste bedroht, andererseits schwillt die Zahl der städtischen Arbeitslosen in katastrophaler Weise an. Die Landwirtschaft hat durch den Ausfall an Kriegszugangenen und Auswanderer einen derartigen Mangel an Arbeitskräften, daß sie mindestens eine Million Arbeiter aufnehmen kann. Die Abweisung der städtischen Arbeiter gegen die Hebernahme von Landarbeiten hätte aber in der Hauptsache darauf, daß die bisherige Landarbeitsordnung, soweit man überhaupt von einer solchen reden kann, völlig veraltet und den Anforderungen in keiner Weise angepaßt war. Die Landarbeitsverordnung vom 24. Januar 1919 gibt dem städtischen Arbeiter unbedingt die Möglichkeit, ländliche Arbeit zu wählenden Bedingungen zu übernehmen und dadurch sich und seine Mitbürger vor Hunger zu bewahren. Es wird ihm aber auch ein reichem Selbsthaltungswort zur Pflicht, die sich bietenden Arbeitsgelegenheiten nun auch schrittweise zu ergreifen. Die Landwirtschaft bedarf seiner Kraft, die Industrie wird ihm in absehbarer Zeit keine Arbeitsgelegenheiten bieten können und unsere finanzielle Lage wird die ungeheure Belastung durch die Arbeitslosenunterstützung nur noch ganz kurze Zeit ertragen können, ohne geradezu katastrophal zusammenzubrechen. Der Erfolg der Verordnungen wird somit in hohem Grade von der Einsicht und der Mithilfe der beschäftigten städtischen Arbeiterschaft abhängen, und ihr Verdienst wird es sein, wenn es noch im letzten Augenblicke gelingt, den völligen Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft zu verhindern.

Schlichtungsausschüsse als bearbeitet angenommen und beschloß mit Rücksicht auf dringende Forderungen die angestrebte Verzögerung abzulehnen. Die Vertreter des Generalkomitees des 7. Armeekorps verhielten sich strikte ablehnend, und dem Einfluß dieser Herren blieben die Arbeiter ihren Widerstand zu danken haben. Die Vertreter der Arbeiterschaft vertraten entschieden den Standpunkt, daß durch die Verzögerung der Arbeitszeit um vier Stunden keine Schädigung der materiellen Interessen und der Lebensunterhaltung eintreten werde. Durch die beschriebenen Begünstigungen wurden die Arbeiter in ihrer Auffassung bestärkt, daß die Verzögerung der Hauptfrage aus prinzipiellen Gründen ablehnen. Die Vertreter der hiesigen Großindustrie vermochten ihren „Gegensatz-Standard“ noch nicht aufzugeben.

Die Verhandlungen vor dem Duisburger Schlichtungsausschuß führten zur probeweisen Einführung bei der Deutschen Maschinenfabrik auf vier Wochen und bei der Firma Hermann auf sechs Wochen. Bei der Deutschen Maschinenfabrik kam die Verzögerung nach Ablauf der Probezeit wieder in Wegfall, während sie bei Hermann bedingungsweise bestehen blieb.

Verzögerungen der Arbeitszeit während dieser Bewegung traten in Kraft bei folgenden Firmen: Büchhoff-Duisburg, Thyssen-Mülheim, Rhein-Mülheim, Gethel-Mülheim, Hermann-Duisburg. Kurz vor der Revolution bewilligten dann noch Deutsche Maschinenfabrik, Augsburg-München in Duisburg und Friedrich-Alfred-Hütte (Krupp) in Rheinhausen.

Die erzielte Verzögerung der Arbeitszeit betrug für  
 1705 Mitglieder 4 Stunden pro Woche  
 400 Mitglieder 1 Stunde pro Woche  
 70 Mitglieder 1/2 Stunde pro Woche.

Die Umwälzung am 9. November stellte uns auch in unserer gewerkschaftlichen Arbeit vor vollständig veränderte Verhältnisse. Wie ersichtlich es auch sein mag, daß die Umwälzung die sofortige Erfüllung weitgehendster gewerkschaftlicher Forderungen gebracht hat, so darf andererseits nicht übersehen werden, daß infolge des von der revolutionären Bewegung mitverursachten unruhigen Liegendes unserer Wirtschaftsleben die schwersten Belastungsproben auszuhalten hat.

Da infolge der veränderten Verhältnisse und der plötzlich stark aufsteigenden Mitgliederzahl wieder eine Trennung der bisher gemeinsam verwalteten Bezirke Duisburg und Mülheim-Oberhausen vorgenommen wurde, so wird für die Zukunft auch gesondert zu berichten sein.

Horn. Unsere Sektion hielt am 9. Februar eine gut besuchte Mitgliedserversammlung ab. Nach Besprechungen über die neue Zeit und die Aufgaben der Gewerkschaften, besonders unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, kam die Diskussion auf die Lebensmittelfrage und die sogenannte Schwerarbeiterzulage, von der man in der Metallarbeiterschaft wenig merkt, während sie den Eisenbahnern und Bergleuten nach wie vor zuteil würde. Man sah darin mit Recht eine einseitige Bevorzugung dieser Arbeitstypen. Wir können mit Fremden unseren Kollegen vom Bergbau und den Eisenbahnern die Schwerarbeiterzulage, müssen aber verlangen, daß sie den Metallarbeitern auch zuteil, deren Arbeit wohl nicht leichter ist als die der anderen Berufe auch. Es wurde dann einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die heutige Mittelklasseverteilung des christlichen Metallarbeiterverbandes nimmt energisch Stellung gegen die einseitige Bevorzugung der Berg-, besonders auch der Eisenbahnarbeiter in Bezug auf Schwerarbeiterzulagen. Sie bekennt ferner die ungleiche Kohlenverteilung, die in gar keinem Verhältnis zu den Löhnen in der Metallindustrie steht. Sie beauftragt den Zentralvorstand, bei den maßgebenden Behörden vorzulegen zu werden, daß auch den Metallarbeitern dieselben Lebensmittelbewilligungen werden wie den Bergleuten und den Eisenbahnern.

Das Verlangen unserer Kollegen von Horn kann nur als berechtigt angesehen werden. In der Lebensmittelfrage Angelegenheit ist durch die Metallarbeiterverbände schon manches für unsere Kollegen geschehen und sie sind auch in dieser Sache schon wiederholt vorkommend geworden. Andere sind aber haben sich unsere Kollegen keiner allzu großen Hoffnungen mehr hinsichtlich der Zulagen hingeben, da an Lebensmitteln nach wie vor wenig vorhanden ist.

Kiel. Unsere am Sonnabend, den 25. Januar, im Werkstättensaal, Mühlenstraße 72, stattgefundene Jahresgeneralversammlung nahm einen sehr guten Verlauf. Nach dem Verlesen des Protokolls der letzten Generalversammlung erstattete der Vorsitzende (Kollege Albede) den Jahresbericht. Er warf zunächst einen Rückblick auf das vergangene Jahr, das zu einem der ereignisreichsten der ganzen Weltgeschichte geworden sei. Wir hier in Kiel hatten ja Gelegenheit, die sich abspielenden Ereignisse aus aller nächster Nähe zu betrachten, und es mußte gelangt werden, daß es dem äußeren Feind nie und nimmer gelungen wäre, uns so zu bedrängen, wie es geschah, wenn wir nur einzig geblieben wären. Die durch den Krieg hervorgerufenen Schwierigkeiten wurden von gemütsvollen Helden dazu benutzt, die Moral der Armee, der Flotte und des Volkes systematisch zu untergraben, und den Boden für die Revolution vorzubereiten. Es sei eine ewige Schande, daß es Deutsche gab, die durch russische Millionen bestochen, das ganze Volk an den Rand des Verderbens führten. Die ungeheure wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die unser armes Vaterland nunmehr hineingeraten ist, sind mit in erster Linie der Revolution und den durch dieselbe hervorgerufenen Weltveränderungen zu verdanken. Statt des erwarteten Friedens hat sie uns Bürgerkrieg und Brudermord, statt Brot Erverbstlosigkeit und Hunger in erschreckendem Maße gebracht. Die Sozialdemokratie hat den schlagendsten Beweis geliefert, daß sie noch nicht einmal dazu fähig ist, Ordnung und Manneszucht innerhalb ihrer eigenen Reihen aufrecht zu erhalten. Für uns christliche Gewerkschaftler erfolgt hieraus die Konsequenz, daß sie noch nicht einmal dazu fähig ist, Ordnung und Manneszucht innerhalb ihrer eigenen Reihen aufrecht zu erhalten. Diese Erkenntnis hatten aber schon lange vor der Revolution sich viele Kollegen zu eigen gemacht, und wurde diesen Kollegen der herzlichste Dank für ihre Mitarbeit ausgesprochen. Trotz des großen Mitgliederverlustes durch Abreise gelang es, die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres über 400 Prozent zu erhöhen. Doch kann dies nun keine Ursache sein, auf den Vorbeeren auszurufen, sondern der gezielte Erfolg muß uns zu weiterer Arbeit erst recht anspornen. Dies gilt ganz besonders für die Kollegen, die bisher noch nicht so eifrig für den Verband tätig waren, wie es wohl in ihrem eigenen Interesse notwendig gewesen wäre. Dem vom Kollegen Nothke erstatteten Jahresbericht folgte eine Aussprache, die auf Stärkung der Sozialisten hingielte. In Punkt 3 der Tagesordnung wurde durch den Bezirksleiter, Kollegen Dohler (Bremmer), der neue Geschäftsführer der hiesigen Ortsgruppe, Kollege Nothke, eingeführt. Kollege Dohler führte anknüpfend hieran aus, wie nun ein lang gehegter Wunsch der Ortsgruppe in Erfüllung gegangen sei, daß aber die Kollegen nun auch die Pflicht hätten, sich des Vertrauens, das die Zentralleitung den Kiefern hierdurch bewiesen hat, auch stets und ständig würdig zu erweisen. Die Ermahnungen, die Kollege Dohler an die Versammlung richtete, fielen auf fruchtbaren Boden, wie der reichlich spendete Beifall bewies.

Kollege Nothke hat darauf die Versammlung im tatkräftig zu unterstützen, um so in der Lage zu sein, nicht nur zur Zufriedenheit der Zentralleitung, sondern vor allem zum Segen der hiesigen Ortsgruppe sein schweres und verantwortungsvolles Amt zu versehen. Auch diesen Ausführungen wurde freudig zugestimmt.

Darauf wurde zur Wahl des Gesamtvorstandes geschritten. Der Kollege Nothke hat in seinem Amte die Geschäfte des 1. Vorsitzenden und Kassierers zu versehen. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden teils wiedergewählt, teils wurden neue hinzugezogen. Ferner wurden noch die Leiter der verhältnismäßig starken Jugendabteilung gewählt.

Punkt 5 der Tagesordnung, der eine Beitragserhöhung für die Lokalkasse um 10 Pf. vorsah, wurde nach eingehender Beratung gegen zwei Stimmen einstimmig erledigt, jedoch der Lokalkasse für Klasse 1 und 2 ab 1. Februar 30 Pfennig beträgt. Für die übrigen Klassen die Hälfte. Da inzwischen die Zeit schon vorgeschritten war, wurde Punkt 6 und 7 zurückerledigt und der letzte Punkt der Tagesordnung zur Beratung gestellt. Es handelte sich um ein neues Versammlungslokal. Dazu teilte der Vorsitzende der Versammlung mit, daß wir im Schleswig-Holsteinischen Hof in Gaarden unser Heim aufschlagen könnten. Es wurde demgemäß beschlossen.

Die Adresse des neuen Geschäftsführers des Kollegen Peter Nothke ist Kiel, Papentamp 7111. Die Kollegen Kieß sind als Vorsitzende, sich in allen Verband Angelegenheiten an die Geschäftsstelle zu wenden. Und nun ein Wort Kollegen! Der Worte sind genug gewechselt, jetzt laßt uns Taten sehen!

Coesfeld. Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 12. Januar ihre Generalversammlung ab. Die Kollegen waren fast vollständig erschienen. Der Vorsitzende Kollege Schmidt erstattete zunächst Bericht über die Entwicklung unserer Ortsgruppe. Er berichtete über die Entwicklung unserer Ortsgruppe im Jahre 1918 ins Leben gerufen. Dank der thätigen Agitation ist es gelungen, die Zahl der Mitglieder in der kurzen Zeit auf 90 zu bringen. Der Vorstand wurde in Gesamtabstimmung wiedergewählt. Alsdann ergriff der Referent Kollege Lohndorf aus Effen das Wort und führte den Anwesenden den Zweck und die Ziele unserer Bewegung vor Augen. Seine Ausführungen fanden allgemeine und freudige Aufnahme. Im Schlußwort forderte der Vorsitzende alle Kollegen auf, nun alle Kräfte einzusetzen, damit auch der letzte Metallarbeiter Coesfelds unserem Verbande beigefügt wird. Um 5 Uhr wurde die schön und anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Kollegen von Coesfeld und Umgebung. Auch bei uns im Münsterlande muß es jetzt möglich werden, uns durchzusetzen. Heiligste Pflicht aller Kollegen ist es, jetzt an dem weiteren Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes mitzuwirken. Denn nur durch reifliche Zuführung aller im hiesigen Bezirk beschäftigten Metallarbeiter in unseren Verband wird es möglich sein, die hier noch bestehenden 1000 Mitglieder zu befestigen.

**Erkenntmachung des Vorstandes**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. Februar der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. Februar fällig.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

Mülheim-Oberhausen. Die für den 2. Februar nach Oberhausen einberufene Hauptversammlung des Verwaltungsbezirks Mülheim-Oberhausen konnte in dem vorgesehenen Lokal nicht stattfinden, da infolge von Veränderungen über Oberhausen seitens des A- und S-Rates der Belagerungsstand verhängt worden war. In letzter Stunde konnte noch ein Lokal in Mülheim-Südum bereitgestellt werden, und es verlief eine gute Anerkennung, daß die Teilnehmer die Wanderung nicht scheuten und sich fast vollständig dort einfanden. Das neue Lokal fand nur zwei Stunden zur Verfügung, und die Tagesordnung mußte dementsprechend gekürzt werden. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden wurde der im vergangenen Jahre gefallenen und verstorbenen Mitglieder ehrend gedacht. Insgesamt hat der Verband im Verwaltungsbezirk während 100 Mitglieder durch den Tod verloren.

Gewerkschaftsleiter Heilmeyer gab den Jahresbericht und Kassenbericht, dem schließend zu entnehmen ist: Gute Fortschritte auf der ganzen Linie. Das Jahr 1918 begann mit 4133 Mitgliedern. An Forderungen waren 3700 zu verzeichnen. Es sind im Laufe des letzten Berichtsjahres wichtige Verschiebungen eingetreten. Am 1. November ist der Kreis Dinslaken mit circa 400 Mitgliedern vom hiesigen Bezirk abgetrennt und dem Bezirk Hamborn zugeteilt worden. Stierkrade hat eine Zweigabteilung und eigene Verwaltung erhalten. Da die Arbeiterinnen in großer Zahl aus den Betrieben der hiesigen Metallindustrie ausgeschieden sind, so ist auch ein harter Rückgang der Zahl der weiblichen Mitglieder eingetreten. Demgegenüber war der Zuwachs an männlichen Mitgliedern besonders stark, und rund 50 Prozent der Neuanmeldungen wurden nach dem 9. November erzielt. Das Jahr 1918 hat mit 7159 Mitgliedern abgeschlossen. Im Januar d. J. ist bereits mit über 1000 neuen Beitrittserklärungen eine weitere starke Steigerung eingetreten. Bemerkenswert ist die steigende Zahl von Arbeitstrittern aus anderen, größtenteils sozialdemokratischen Verbänden. Im ganzen Jahr 1918 waren es 127, während im Januar d. J. bereits 77 Übertritte gezählt wurden.

Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 125 998,55 M., gegen 76 000 M. im Jahre 1917 und 16 000 M. im Jahre 1918. An Ausgaben für die Hauptkasse waren 27 227,59 M. zu verzeichnen. Sozialliste: Bestand am Jahresanfang 5120,31 M., reine Einnahme 58 121,11 M., Ausgaben 50 135,21 M., Bestand am Jahresschluß 12 806,51 M. Die Ausgaben für Krankenunterstützung sind besonders hoch gestiegen.

Da der hiesige Bezirk während der Kriegszeit mit dem Duisburger Bezirk gemeinsam geführt wurde, so umfaßt die Statistik über Lohnbewegungen bis zum 9. November beide Bezirke. Es waren bis dahin 112 Lohnbewegungen zu verzeichnen, an denen alle Werke des genannten Gebietes beteiligt waren.

Drei Lohnbewegungen waren ohne Erfolg, weil die beteiligten Arbeiter nicht genügend organisiert gewesen sind. Drei Bewegungen brachten die Befreiung von Mitgliedern in den Betrieben. Zwei Bewegungen zeitigten eine einmalige Zulagenzulage für mehrere hundert Arbeiter.

- Besser wurden Zulagen erreicht für
- 1322 Mitglieder bis 5 Mark pro Woche
- 7537 Mitglieder bis 6 Mark pro Woche
- 6806 Mitglieder bis 7 Mark pro Woche
- 1908 Mitglieder bis 9 Mark pro Woche
- 4666 Mitglieder bis 12 Mark pro Woche
- 78 Mitglieder über 12 Mark pro Woche

Für 24 379 Mitglieder durchschnittlich 7,50 Mark pro Woche.

Ein großer Teil unserer Mitglieder war zwei- und dreimal an Bewegungen beteiligt.

Insgesamt hätte für alle beteiligten Arbeiter eine Erhöhung der Löhne von annähernd einer halben Million Mark pro Woche erreicht sein, was etwa 20 Millionen Mark im Jahre ausmachen würde.

In der Mehrzahl der Fälle hatte unser Verband die Leitung bei den Lohnbewegungen.

Im Mai 1918 wurde eine allgemeine Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. Gefordert wurde die vollständige Arbeitszeit von Woche. Da die Unternehmer diese Verkürzung der Arbeitszeit ablehnten, so wurde die Schlichtungsausschüsse angerufen. Mit Ausnahme des Duisburger Schlichtungsausschusses lehnten aber die Schlichtungsausschüsse die Verkürzung ab. Die Behauptung der Unternehmer, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit um vier Stunden erhebliche Produktionsausfälle eintreten würden, wurde seitens der Vorsitzenden der

**Nur unablässige Arbeit führt zum großen Ziel!**

Der christliche Metallarbeiterverband muß noch mehr an Boden gewinnen. Je stärker er ist, um so besser kann er die Interessen der Kollegen wahrnehmen.

**Helfe jeder daran mit!**

**Mülheim-Oberhausen nach der Umwälzung vom 9. November 1918.**

In Mülheim hatten Sozialisten den Arbeiterrat besetzt. Sie benutzten ihre Macht dazu, um kurze, ob die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zu billigen. Das eine so tiefgreifende Veränderung bei kommunisten Gewerkschaften nicht über Nacht durchzuführen werden kann, hatten diese neuen „Herrscher“ nicht beachtet, und die Folge war zunächst ein großes Chaos.

In Oberhausen wurde die Heberleitung zur achtstündigen Schicht gruppenweise vorgenommen und ging im allgemeinen ohne Störung vor sich. Es ist für die Arbeiterschaft der Gutehoffnungshütte von großem Vorteil gewesen, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die Gewerkschaftsleitungen und Arbeiterausschüsse erfolgte. Die Arbeiter sind dadurch von Lohnausfällen verschont geblieben, während sie in Mülheim unter sozialistischer Leitung Lohnausfälle zu verzeichnen hatten.

Lohnbewegungen waren noch zu verzeichnen bei Thyssen in Mülheim, Friedrich-Wilhelm-Hütte und bei der Gutehoffnungshütte.

Bei Thyssen wurden die Stundentöne der Facharbeiter auf 2,10 M. pro Stunde festgesetzt. Die Löhne der übrigen Arbeiter wurden dementsprechend angepasst und teilweise geregelt.

Bei der Friedrich-Wilhelm-Hütte erfolgte eine ähnliche tarifliche Regelung der Löhne. Diese Regelung brachte mehr Ordnung und Einheitsrichtigkeit in dem Lohnsystem.

Die Gutehoffnungshütte bewilligte zu Weihnachten eine einmalige Zulagenzulage von 100 M. für Betriebsräte und 50 M. für Unberufene. Außerdem wurde am 1. November eine Aufbesserung der Löhne von circa 1 M. pro Schicht bewilligt worden.

Außerdem waren noch Lohnbewegungen mit Erfolg bei der Bielle Monnagac, Selterbed, Graf Gethel, Wilhelm und Schwarz & Tiedershoff zu verzeichnen.

Für die Besenmetallarbeiter bei Concordia, Besen Ockerfeld und verschiedenen anderen Besenbetrieben wurden namhafte Verbesserungen, teils Lohngehörungen von 25 Prozent, erreicht.

In Stierkrade bei der Gutehoffnungshütte wurde die achtstündige Arbeitszeit ebenfalls ohne Reibungen eingeführt. Eine Lohnbewegung für alle Abteilungen brachte namhafte Aufbesserungen. Bei der Besen Stierkrade, Hugo und verschiedenen anderen Schichten wurde ebenfalls mit Erfolg an die Aufbesserung der Löhne für die Besenmetallarbeiter herangezogen.

In den letzten Arbeitstagen machte sich gegen Ende des Jahres eine Unzufriedenheit über die vollständig verkehrte und zum Ruin führende Preispolitik bemerkbar. Mit Recht wurde betont, was müssen die Lohnbewegungen, wenn die Verteuerung der Lebensweise seit der Revolution in noch härterer Weise in Erscheinung tritt, wie während der Kriegszeit. Es sei höchste Zeit, daß die Regierung mit eigener Faust eingreife und den Abbau der Preise herbeiführe, sonst werde man zusehender dem vollständigen Bankrott unserer Wirtschaftslebens entgegen.

Der Bericht an die lebhafte Zustimmung. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Schud-Sprung und Rügen-Osterfeld. Sieberg-Oberhausen berichtete über die Kassenrevision und lobte die labile Geschäftsführung. Enttäuscht für den Kassierers wurde einstimmig erteilt.

Die Wahl der Ortsverwaltung ergab die einstimmige Wiederwahl des ersten Vorsitzenden H. Heilmeyer. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Ernst Kaufmann und zu weiteren Mitgliedern der Ortsverwaltung Jakob Bod, Wilhelm Gumbel, Karl Reuter, Fritz Schud und Martin Hüttgen einstimmig gewählt. Der Vorsitzende dankte für das bewiesene Vertrauen und bat die Versammelten, auch in diesem Jahre eifrig weiter mitzuwirken. Herzlichen Dank allen, die im vergangenen Jahre mitgeholfen haben. Solch auf die schönen Erfolge des letzten Jahres, gehen wir uns Wert. Das laufende Jahr soll uns auf dem besten Wege, in diesem Sinne wurde ein begeistertes Hoch auf den Verband ausgesprochen.

Johanngeorgenstadt (Erzgebirge). Am Sonnabend, den 25. Januar fand im Hotel „Stadt Wien“ unsere Mitglieder-

Nach kurzer Begrüßung schilderte Kollege Weiskopf die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse, ferner beleuchtete er den Unterschied zwischen freien und christlichen Gewerkschaften.

Kollegen von Johanngeorgenstadt. Das Sammelorn der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist bei euch gelegt. Sorgfältig dafür, daß die christlichen Gewerkschaften auch in Johanngeorgenstadt aufzulösen.

In kurzer Zeit ist wieder Versammlung, auf die schon jetzt aufmerksam gemacht wird.

Sab Gomburg. Die Werkstättenarbeiter der hier anfalligen Frankfurter Lokalbahn, u. G., gehörten bis heute zu den schlecht bezahltesten Gruppen des gesamten Frankfurter Industriegebietes.

Offenbach a. M. Als erster Erfolg der Abmachungen zwischen den Zentralorganisationen im November 1918 können wir nunmehr den untenstehenden Kollektivvertrag für die hiesige Maschinen- und Metallwarenindustrie buchen.

Der Vertrag lautet:

Zwischen den dem Verband der Metallindustriellen für Hessen-Kaifan, Hessen und die angrenzenden Gebieten angehörenden Offenbacher Maschinen- und Metallwarenfabriken, vertreten durch die Herren A. Engelhard, Ph. Heim, Kommerzienrat Hinkel und Curt Hube, sowie dem Geschäftsführer des Verbandes, Herrn Fuchs zu Frankfurt/Main, einerseits, und dem Deutschen Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Offenbach/Main, vertreten durch ihren Bevollmächtigten Herrn Weber, sowie dem Christlichen Metallarbeiterverband, Bezirk Offenbach/Main, vertreten durch Herrn Scherer, andererseits, wurden nach wiederholten Verhandlungen am 2. 17. und 23. Januar 1919 heute die nachstehenden Vereinbarungen getroffen:

Diese sind für die genannten Verbände bis auf weiteres bindend und können erst nach Ablauf einer vorhergegangenen Kündigungsfrist von drei Wochen seitens der einen oder andern Vertragspartei außer Kraft gesetzt werden.

1. In allen Betrieben mit mehr als 20 Arbeitern ist im Laufe des Monats Februar 1919 ein Arbeiterkongress neu zu wählen, auf Grund der Verordnung des Staatssekretärs des Reichsarbeitamtes vom 23. Dezember 1918.

2. Es werden folgende Einstellungsgehälter für eine Stunde festgelegt, unter Zugrundelegung einer 45minütigen Arbeitsdauer:

- a) für die Maschinenfabriken: für gelehrte Arbeiter über 25 Jahren 1,50 bis 1,70 M. von 20 bis 25 Jahren 1,30 bis 1,50 M. von 15 bis 20 Jahren 1,10 bis 1,30 M. für ungelehrte Arbeiter über 20 Jahren 1,20 bis 1,40 M. für ungelehrte Arbeiter von über 25 Jahren 1,10 bis 1,30 M. von 20 bis 25 Jahren 0,90 bis 1,10 M. für jugendliche und ungelehrte Arbeiter von 18 bis 20 Jahren 0,70 bis 0,90 Mark, von 16 bis 18 Jahren 0,50 bis 0,70 Mark, für Arbeiterinnen über 20 Jahren 0,65 bis 0,75 M. von 18 bis 20 Jahren 0,55 bis 0,65 Mark, von 16 bis 18 Jahren 0,45 bis 0,55 M., unter 16 Jahren 0,40 bis 0,45 Mark; für die Metallwarenfabriken: Meister erhalten die gleichen Einstellungsgehälter wie die ungelehrten Arbeiter der Maschinenfabriken. Gürtler im ersten Jahre nach beendetem Lehrgang 0,60 M. von 18 bis 20 Jahren 0,90 bis 1,10 M., von 20 bis 25 Jahren 1,10 bis 1,30 M., über 25 Jahren 1,30 bis 1,50 Mark; Schleifer im ersten Jahre nach beendetem Lehrgang 0,70 M. von 18 bis 20 Jahren 1 bis 1,20 M., von 20 bis 25 Jahren 1,20 bis 1,40 M., über 25 Jahren 1,40 bis 1,60 Mark. Schnittmacher und Werkzeugmacher erhalten dieselben Einstellungsgehälter wie die gelehrten Arbeiter in der Maschinenindustrie. Für Tischarbeiter, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen gilt das für die Maschinenindustrie Bestimmte.

Neueingestellte Arbeiter, die nach ihren Leistungen die festgesetzten Einstellungsgehälter nicht verdienen, können während der ersten drei Wochen nach Einstellung, ohne Anhören des Arbeitsausschusses entlassen werden.

3. Für alle seither in den Betrieben beschäftigten Arbeiter werden die seither in einzelnen Teilbetrieben wie Grundlohn, Teuerung- oder Kriegszulage, Ausgleichszuschlag für die Arbeitslosigkeitverfügung oder dergleichen, verrechneten Löhne zu einem einzigen Stundenlohn zusammengerechnet. Soweit hierbei die unter 2. festgesetzten Einstellungsgehälter nicht erreicht werden, tritt eine Erhöhung des Stundenlohnes bis zum Einstellungslohn ein. Weitere Lohnveränderungen treten nicht ein, ebenso wenig eine Herabsetzung seitens der Arbeitgeber. In dem Akkordlohn bzw. Akkordverdienst tritt eine Veränderung gegen früher nicht ein.

4. Als Lohn für die Lehrlinge wird festgesetzt:

- a) für die Maschinenfabriken: im 1. Lehrjahre 10, im 2. 15, im 3. 20, im 4. 30 Pfg. Im 4. Lehrjahre können die Lehrlinge auf Akkordarbeiten beschäftigt werden und erhalten dann die halben Akkordpreise; soweit Lehrlinge im 4. Jahre zu Akkordarbeiten grundsätzlich nicht herangezogen werden, wie zum Beispiel bei Werkzeugmachern, wird der Lohn auf 45 Pfg. für die Stunde erhöht. Außerdem erhält der Lehrling, wenn er die festgesetzte Arbeitszeit ordnungsgemäß beendigt und fleißig und gutes Betragen gezeigt hat, eine besondere Zuweisung bis zu Mark 100.—. Die Höhe dieser Zuweisung bestimmt die Lehrfirma, ein Rechtsanspruch auf diese Zuweisung steht dem Lehrling jedoch nicht zu. b) für die Metallwarenfabriken: Gürtler und Metalldrücker im 1. Jahre 15 Pfg., im 2. 20, im 3. 30. Schleifer im 1. Jahre 20, im 2. 30, im 3. 40 Pfg. Die Arbeitszeit für Gürtler, Metalldrücker und Schleifer beträgt nicht unter drei Jahre. Schnitt- und Werkzeugmacherlehrlinge werden entlohnt, wie die Lehrlinge der Maschinenfabriken. 5. Die Vertragsdauer erfolgt freitags. Die Bestimmungen unter 2. 3 und 5 treten nach Unterzeichnung dieses Vertrages in Kraft. Die Bestimmungen unter 4. gelten für die Oftern 1919 abgeleiteten Lehrverträge. Soweit nach jetzt laufenden Lehrverträgen niedrigere Löhne bezahlt werden, sind solche bei Beginn des neuen Jahres, entsprechend den unter 4. getroffenen Bestimmungen zu erhöhen. Seither festgesetzte höhere Löhne können nicht herabgesetzt werden.

Offenbach/Main, den 23. Januar 1919. Für den Deutschen Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Offenbach/Main: Weber.

Für den Christlichen Metallarbeiterverband, Bezirk Offenbach/Main: Scherer.

A. Engelhard, Ph. Heim, J. Hinkel, C. Hube, W. Fuchs.

Beitrag. Seit 1. Februar 1919 ist in Beibert eine eigene Verwaltungsstelle unseres Verbandes errichtet worden. Die Verwaltungsstelle befindet sich bei den Herren Beibert, Köhnigshöhe, Redig, Langenberg, Willich, Hüllinghaus. Ein lang ersehnter Wunsch ist damit in Erfüllung gegangen, dank der Mitarbeit vieler Kollegen. Die seit Jahren sich redlich Mühe gegeben haben, unsern Verband hier vorwärts zu bringen. Nun gilt es aber zu zeigen, daß wir nicht auf den Vorbezug ausweichen wollen, sondern daß alle insgesamt eifrig an der weiteren Stärkung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes mitarbeiten. Mögen besonders die neuen Kollegen und Kolleginnen es sich zur Ehre anrechnen, in derselben Weise wie die alten treuen Vertrauensleute in der Aktion mitzuwirken, damit die Verwaltungsstelle Beibert mit allen übrigen Verwaltungsstellen unseres Verbandes in regen Wettbewerb eintritt. Es ist noch ein großes Agitationsfeld vorhanden. Deshalb an die Arbeit zur weiteren Stärkung unserer Reihen. Die neu errichtete Geschäftsstelle befindet sich Beibert, Kirchstraße 16, Telefon Nr. 210.

Versammlungs-Kalender

- Samstag, den 15. Februar 1919: Duisburg-Randorf. 7 Uhr Jugendversammlung bei Hemmers. (Concordia). Referent: Schriftf. Herr Köhl. Wieser. Offen-Strad. Abends 7 Uhr Unterhaltungsabend im Lokale Hühner, Hauptstraße. Siederscheid. Nachmittags 5 Uhr bei Müller, Wilhelmstr. Dortmund (Elfenbeinstraße). Abends 6 Uhr im Lokal zum goldenen Löwen, 1. Kampstraße. Sonntag, den 16. Februar 1919: Duisburg-Randorf. 10,30 Uhr bei Hemmers (Concordia). Referent: Schriftf. Herr Köhl. Wieser. Offen-Strad. Abends 10,30 Uhr Jahresgeneralversammlung im Rath. Vereinshaus Offen-Strad. Montag, den 24. Februar findet im Stadttheater der 3. Theaterabend statt. Zur Aufführung gelangt: „Das ihr wollt“ Schauspiel von Spitzhauer. Die Ausstattung der Karten erfolgt von Dienstag, den 18. Februar, nachmittags von 2 Uhr ab, gegen Vorlage des Mitgliedsbuches auf dem Vereinsbüreau. Offen-Strad. Abends 6 Uhr im Rath. Vereinshaus Unterhaltungsgesellschaft. Offen-Strad. Abends 6 Uhr im Lokal „Am Schwarzen“ Mitgliederversammlung mit Franzosen. Offen-Strad. Abends 7 Uhr bei Berken Jahres-Generalversammlung. Oberhausen. 6 Uhr bei Hartgenstraße, Hauptstraße mit Franzosen. Weiden-Strad. 10,30 Uhr bei Müller, Hauptstraße. Weiden-Strad. 5 Uhr bei Müller, Hauptstraße. Duisburg. 3 Uhr Jahresgeneralversammlung im Arbeiterheim, Scheinstraße 19. Wuppertal. 11 Uhr bei Krüger, Düsselbörferstraße. Gladbach. 4 Uhr bei Hühnerstr. Rortelmitglieder-Versammlung. Schmalenbach. 5 Uhr bei Krüger, Generalversammlung. Weiden-Strad. 4 Uhr bei Hemmers. Dortmund-Strad. Form. 10,30 Uhr im Lokal Nord. Generalversammlung. Dortmund-Strad. Nachm. 3,30 Uhr im Lokal Süllmann Generalversammlung. Dortmund-Strad. Nachmittags 4 Uhr im Lokal Nord. Dortmund. Form. 11 Uhr im Lokal zum goldenen Löwen Vereinsversammlung. Chr. Abends 8 Uhr Generalversammlung bei Müller. Weiden-Strad. Nachm. 4 Uhr beim Herrn Müller Versammlung. Weiden-Strad. 11 Uhr Versammlung bei Müller, Hauptstraße. Weiden-Strad. 11 Uhr bei Müller, Hauptstraße Tagesordnung. Donnerstag, den 21. Februar 1919: Form. 5,30 Uhr bei Müller. Dortmund. Abends 7,30 Uhr im Lokal zum goldenen Löwen, 1. Kampstraße Vereinsversammlung.

Samstag, den 22. Februar 1919. Dortmund 2. Abends 7,30 Uhr bei Bergemann, Ostermarsch-Strasse. Dortmund-Dorfstr. Abends 6 Uhr im Lokal Samn. Lüdinghausen. Nachmittags 6 Uhr.

Um 20. Oktober 1918 ist mein Sohn, der Garbefeiler Ernst Bastian, von der 3. Maschinen-Gewehr-Kompanie des Leib-Garde-Infanterie-Regiments Nr. 115 in den Kämpfern bei La Cauchou vermisst. Alle diejenigen, die über seinen Verbleib etwas wissen, bitte ich freundlichst, mir darüber Nachricht zugehen zu lassen. Heinrich Bastian, Grobhausen, Dillkreis.

Geldbezüge bei der Hauptkasse im Januar

Schweinfurt	2000.—	Mannheim	1000.—
Heilbronn	53.24	Lebach	304.50
Lörrach	100.—	Tullingen	520.33
Merningerode	10.—	Mühlhausen i. Thrg.	243.49
Uterkeim en	875.0	Neustadt	111.41
Wilhelmshaven	151.91	Gmünd	1312.15
Halle	26.82	Ulm	2000.—
Vielefeld	450.—	Todtnau	295.62
Lauchertal	500.—	Oberweißstätt	160.67
Erfurt	44.90	Lörrach	121.40
Bremerhaven	117.18	Berger	49.42
Magdeburg	1119.16	Lauterbach	99.18
Geislingen	1000.—	Olpe	1050.40
Stolberg	9972.50	Triberg	75.30
Neumieb	3030.—	Reichenstein	10.04
M.-Stabbach	2000.—	Ramen	19.02
Vielefeld	300.—	Vibersach	84.83
Saulgau	350.—	Elbing	1440.50
Münster	623.83	Saulgau	220.—
Werdohl	3000.—	Pforzheim	920.—
Jülich	486.38	Altötting	673.—
Vöhring	504.50	Kiel	1455.77
Rostock	155.37	Peine	240.99
Rottenburg	277.96	Lippstadt	1820.38
Mühlack	81.82	Gütersloh	114.55
Isselburg	1100.10	Cesfeld	1667.51
Wolfsbühl	6.—	Hannover	357.35
Stettin	128.05	Schuffenried	130.10
Jena	26.35	Kaditz	571.50
Öpplingen	773.96	Marktredwitz	290.71
Bachst.	319.39	Gelsenkirchen	1894.71
Dortmund	7000.—	Belecke	324.56
Donaueschingen	90.52	Schweinfurt	1038.39
Friedrichstal	300.—	Olshagen	287.54
Nalen	128.50	Nenskirch	419.10
Vielefeld	450.—	Furtwangen	241.10
Lauchertal	189.10	Beunth	198.71
Schramberg	731.02	Gelsenkirchen	418.—
Dinklage	178.45	Vielefeld	210.30
Solingen	6300.—	Barmen	5002.—
Wilhelmshaven	500.—	Essen	9780.—
Klensburg	310.44	Mühl. Oberhausen	23560.51
Steinbach	58.94		

Fachkräftiger ersten Ranges mit vielen Abteilungen. Der Metallarbeiter 8,70 M. Werkstättenbetrieb 10,35 M. Werkstättenbuchführung 11 M. Der Fabrikbetrieb 10,90 M. Das Schlosserhandwerk 33 M. Der Schlosser 17,35 M. Der Hauslöcher 6,90 M. Gaslöcher 7 M. Roh-Schloßer- und Schmiebarbeiten 12 M. Roh-Kunstschmiedereien 12 M. Berechnen der Gewichte 6 M. Der Fahrradrep. 6 M. Die Formerei 12 M. Metallgießerei 18 M. Metallbroschüre 12,70 M. Die Dreherei und ihre Werkzeuge 16,05 M. Aufg. Schweißen und Schneiden 12 M. Dreharbeit u. d. Werkzeugst. 22,05 M. Die Werkzeug- und Arbeitsverfahren der Pressen 28,00 M. Gärteknist 9,90 M. Der Spritzguß 25,25 M. Die Wasserräder und Turbinen 13,3 M. Die Gasmaschinen 21,1 M. Die Dampfmaschinen 29,40 M. Die Induktionsmotoren 2,40 M. Die Drehmaschinen 9,90 M. Die Stabkrafmaschinen 10,35 M. Die Mechanik 5,70 M. Chemie und Elektrochemie 5,35 M. Metallarbeiten und -polieren 8,70 M. Metallgießerei 11 M. Metallgießerei 3,55 M. Elektrolyt. Metallabscheidungen 8,70 M. Der Kupferstich 10 M. Die Wasserförderung 16 M. Der Rad. Aufhänger mit Modell. 28,20 M. Der Wasserleitungsinstallateur 10 M. Die Wasserversorgung 8,70 M. Die Heizungsanlagen 5,35 M. Der Kumpfen 16 oder 34 M. Die Blechabwicklungen 4,40 M. Der Dachdecker und Bau-Ingenieur 8,70 M. Der Maschinenbauer 22,70 M. Prakt. Anleiter für Maschinenbauer 10,35 M. Die Maschinenelemente 8 M. Vorrichtungsbau 19 M. Maschinenzeichnen 14,30 M. Der Maschinen 10 M. Bedienung und Schaltung von Dynamos 5,20 M. Der mod. Heizungsanlagen mit Modell. 13,75 M. Der mod. Heizer und Kesselwärter mit Modell. 17,20 M. Elektrizitätslehre 16,75 M. Elektr. Stromanlagen 8,30 M. Elektrizität im Haus und Gewerbe 8,70 M. Elektr. der Elektr. 8,30 M. Elektr. Licht- und Kraftanlagen 4 M. Schwachstrom-Schaltungsplan 4 M. Funktelegraphie 4 M. Telefon- und Signalanlagen 9,40 M. Flugzeugtechnik 4 M. Berechnung der Schraubpropeller 5,70 M. Berechnung von Rotorschiffen 15,55 M. Berechnung von Luftschrauben 9,40 M. Konstruktion der Räder 14 M. Rob. Wechselfabrikation 6 M. Prakt. Zeichnung 14,85 M. Der Lohnberechner 2 M. Rechenrechner 3,35 M. 1500 chem. techn. Rezepte zu Handels- und Gebrauchszwecken 5,50 M. Geogr. Taschenrechner von E. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin, E. 253, Dresdener Straße 30.

„Das Gewinde“ 2. ergänzte Auflage. Ein unentbehrliches Handbuch für Dreher, Mechaniker und dergl. Enthält rund 7500 berechnete Räderätze für rund 7750 Gewinde. Leichtverständliches Lehrbuch für den Arbeiter zum Gewinnschneiden, Konusdrehen, Gradstellung, Umformgeschwindigkeit und dergl. Zu beziehen von Wilhelm Schöler, Angaburg, Imhofstr. 79. Preis 5,25 Mk. per Nachnahme 30 Pfg. mehr (Postcheckkonto Nr. 9339 München).

Galvaniseur r'ch'et gegen alles Honorar od' sonstige Böber für das Messinggalvanieren v. n. G. und Au. in 10 bis 15 Minuten. In der Distrikts-Verwaltung von Spezialisten unter Nr. 444 an die Geschäftsstelle bei „L'Espresso vom Niederrhein“, Duisburg, Ruhrstraße 15.